

Telefon: 16 - 21796
Telefax: 16 - 98921796

Kreisverwaltungsreferat
Geschäftsleitung
Finanzmanagement
KVR-GL/12

Haushalt 2013 des Kreisverwaltungsreferates

- **Ziele**
- **Produkte**
- **Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt**
- **Investitionen**

Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 10662

Anlagen:

- Ziele des Kreisverwaltungsreferates
- Programmentwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2012 – 2016 mit verbindlicher Planung für 2017 (Version 640)

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 27.11.2012 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	3
1 Budgetentwicklung des Referatsteilhaushalts 2013.....	3
1.1 Grundlagen.....	3
1.2 Auswirkungen der SOKO 2011 und des 6. Haushaltssicherungskonzepts.....	3
1.2.1 Sonderkonsolidierung 2011.....	3
1.2.2 Sechstes Haushaltssicherungskonzept.....	4
1.3 Darstellung weiterer Anpassungen auf Grund stadtweiter Projekte.....	4
1.3.1 mfm.....	4
1.3.2 MIT-KonkreT.....	5
2 Erlös/Ertrags- und Einnahmenentwicklung.....	5
3 Kosten/Aufwands- und Ausgabenentwicklung.....	7
3.1 Grundlagen.....	7
3.2 Anpassungen.....	8
3.2.1 Zahlungswirksame Veränderungen.....	8
3.2.2 Nicht zahlungswirksame Veränderungen.....	8
4 Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt.....	9
4.1 Teilfinanzhaushalt.....	9
4.2 Teilergebnishaushalt.....	10
5 Produktfinanzhaushalte.....	11
6 Investitionen	12
6.1 Grundlagen.....	12
6.2 Investitionsliste 1.....	12
6.3 Investitionsliste 3.....	14
7 Ziele	14
8 Produkte und Datenblätter.....	15
8.1 Veränderungen bei den Produkten.....	15
8.2 Kennzahlen.....	15
9 Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung bei der Landeshauptstadt München und die Umsetzung im Kreisverwaltungsreferat.....	15
10 Kostentransparenz Berufsfeuerwehr/ Freiwillige Feuerwehr.....	17
II. Antrag des Referenten.....	19
III. Beschluss.....	19

I. Vortrag des Referenten

Mit dieser Vorlage legt das Kreisverwaltungsreferat den produktorientierten Referatsteilhaushalt 2013, die Investitionen sowie die Produkte und Ziele 2013 vor.

1 Budgetentwicklung des Referatsteilhaushalts 2013

1.1 Grundlagen

Grundlage des Budgets für 2013 ist das Ist-Ergebnis des Jahres 2011. Sowohl das Erlösbudget 2011 von 109.423.000 € (Einnahmenbudget 95.083.000 €) als auch das Kostenbudget 2011 von 303.638.000 € (Auszahlungsbudget 188.165.000 €) wurden im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens für 2013 überprüft, bewertet und auf der Produktebene entsprechend angepasst.

Abweichungen vom Ist-Ergebnis werden dabei in den folgenden drei Kategorien anerkannt:

- vorbestimmte Änderungen (beruhen auf Entscheidungen des Stadtrats),
- fremdbestimmte Änderungen (begründet in Gesetzesänderungen) und
- Ist-Korrekturen (bei Divergenzen z. B. wegen einmaliger Vorgänge und Buchungsabweichungen).

Nach der verwaltungsinternen Abstimmung mit der Stadtkämmerei belief sich das Erlösbudget auf 103.530.000 € (Einnahmenbudget 100.885.000 €); das Kostenbudget auf 295.320.000 € (Ausgabenbudget 186.541.000 €).

1.2 Auswirkungen der SOKO 2011 und des 6. Haushaltssicherungskonzepts

1.2.1 Sonderkonsolidierung 2011

Die Vollversammlung des Stadtrats hat am 23.06.2010 nach dem Lagebericht der Stadtkämmerei für 2010 und 2011 Sonderkonsolidierungsmaßnahmen beschlossen, die das Kreisverwaltungsreferat mit insgesamt 6.620.000 € belastet haben. Im Jahr 2011 waren davon 3.320.000 € zu erbringen, die sich wie nachfolgend dargestellt aufteilen:

	Personalkosten	Sachkosten	Entnahme Restefond
2011			
einmalig	1.245.000,00 €		830.000,00 €
dauerhaft	645.000,00 €	600.000,00 €	
Für 2013 relevant	1.245.000,00 €	0,00 €	Nicht relevant

Nachdem nur die einmaligen Einsparungen 2011 wieder dem Budget für 2013 hinzugerechnet werden dürfen, erfolgte bei der Betrachtung der Sonderkonsolidierung eine Budgeterhöhung um 1.245.000 € im Personalkostenbereich.

1.2.2 Sechstes Haushaltssicherungskonzept

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 27.07.2011 wurde für die Jahre 2012-2018 das 6. Haushaltssicherungskonzept verabschiedet.

Auf der Basis dieser Beschlussfassung wäre auf das Kreisverwaltungsreferat ein Gesamtkonsolidierungsanteil von insgesamt 6.305.000 € entfallen. Die Einsparung hätte sich grob in einem Verhältnis von 80 % Personalkosten und 20 % Sachkosten verteilt; eine Verschiebung zwischen den Anteilen war nur unter besonderen Voraussetzungen möglich.

Ausgehend hiervon hat das Kreisverwaltungsreferat mit Beschluss vom 20.03.2012 für den Zeitraum von 2012-2018 ein entsprechendes Grobkonzept und für 2012 Feinkonzepte vorgelegt sowie dezidierte Aussagen zu den Standards und zur umfassend vorgenommenen Aufgabenkritik getroffen und entsprechende Einsparvorschläge unterbreitet.

Am 25.07.2012 wurde eine erneute Beschlussvorlage der Stadtkämmerei zum 6. Haushaltssicherungskonzept im Stadtrat behandelt. Dabei wurde entschieden, dass die aufgrund des Schuldenabbaus der Landeshauptstadt München sinkenden Zinszahlungen eine Reduzierung des Konsolidierungsbeitrages der Referate zur Folge haben soll.

Statt einer Gesamtrate von vormals 6.305.000 € muss das Kreisverwaltungsreferat nun in den Jahren 2012 – 2018 eine Rate von insgesamt 3.098.000 € erbringen. Das bedeutet, dass sich - vorbehaltlich weiterer Zinsanpassungen – in 2013 die Einsparrate auf 365.000 € und ab 2014 auf 367.000 € belaufen wird.

Da die Planung im System bereits abgeschlossen war, konnten diese Veränderungen im Budget für 2013 allerdings noch nicht berücksichtigt werden. Somit ist derzeit immer noch die ursprüngliche Rate von 902.000 € aus dem Budget reduziert. Die notwendige Korrektur wird in einem der weiteren Schritte zur Haushaltsplanung vorgenommen.

1.3 Darstellung weiterer Anpassungen auf Grund stadtweiter Projekte

Die stadtweiten Projekte Münchner Facility Management (mfm) und **Münchner IT-Konkrete** Umsetzung und **Top Priorities** (MIT-KonkreT) haben auf die Haushaltsplanung 2013 des Kreisverwaltungsreferates erhebliche Auswirkungen.

1.3.1 mfm

Bis Ende des Jahres 2011 wurden im Budget des Kreisverwaltungsreferates sowohl im Erlös- als auch im Kostenbereich entsprechende Ansätze für Gebäude etc. und deren Bewirtschaftung vorgehalten.

Diese Ansätze wurden größtenteils aus dem Budget des Kreisverwaltungsreferates reduziert und in abgestimmter Form dem nun zuständigen Kommunalreferat übertragen.

Die Erlösseite belief sich 2011 auf 1.271.000 €, wobei hier hauptsächlich Mieteinnahmen erzielt wurden.

Die Kostenseite betrug 13.188.000 €. Die größten Aufwendungen entfielen auf die Mietkosten von angemieteten Gebäuden (rund 8.540.000 €) und die Energiekosten (rund 2.630.000 €).

Die Erlöse und Kosten waren insgesamt zahlungswirksam.

Allerdings wurde das Referatsbudget auf der Kostenseite wieder mit einem Betrag von 22.483.368 € im **nicht** zahlungswirksamen Bereich belastet, was zu einer Verschiebung zwischen den Kostenblöcken führt. Die wesentlich höhere Kostenmiete ist dadurch bedingt, dass weitere Bestandteile wie z.B. die Abschreibungen einbezogen sind.

1.3.2 MIT-KonkreT

Im Bezug auf die Kosten für die IT verhält sich die Entwicklung der Kostenanteile im Vergleich zu mfm genau entgegengesetzt.

Diese Kosten waren bisher als Interne Leistungsverrechnung (ILV) größtenteils dem nicht zahlungswirksamen Teil zugewiesen. Für 2013 wurde der Anteil auf Grund der rechtlichen Ausgestaltung von it@M als städtischer Eigenbetrieb in Gänze dem zahlungswirksamen Kostenblock zugeordnet. Der Betrag für 2013 beläuft sich auf 14.441.353 €.

Hier ist allerdings davon auszugehen, dass dieser Betrag für den Betrieb der IT im Kreisverwaltungsreferat nicht ausreichen wird, da keine Einzelfallkalkulation als Basis erstellt wurde. Gerade im Bereich der Vorhabensplanung konnte keine Verknüpfung zu den bzw. Abbildung der Kosten für 2013 erfolgen.

Das Budget für it@M stellt damit immer noch einen nur groben Näherungswert dar. Vor allem im sehr IT-abhängigen Kreisverwaltungsreferat mit seinen zahlreichen Kundenkontakten muss die Finanzierung entsprechender IT-Maßnahmen unbedingt gesichert sein.

Fazit:

Nach der endgültigen verwaltungsinternen Abstimmung mit der Stadtkämmerei plant das Kreisverwaltungsreferat für 2013 mit einem **Erlös-/Ertragsbudget von 104.064.000 €** (Einnahmenbudget 100.885.000 €) und einem **Kosten-/ Aufwandsbudget in Höhe von 308.518.000 €**. Das entsprechende Ausgabenbudget beläuft sich auf 187.047.000 €.

2 Erlös/Ertrags- und Einnahmenentwicklung

Die Gesamtsumme der **Erlöse/ Erträge** beträgt wie oben bereits erwähnt **104.064.000 €**.

Der Großteil davon, insgesamt 100.885.000 €, sind auch zahlungswirksam.

Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Basisjahr 2011 im zahlungswirksamen Bereich signifikant erhöht (+5.803.000 €) und haben damit erstmals die 100 Millionen Grenze überschritten.

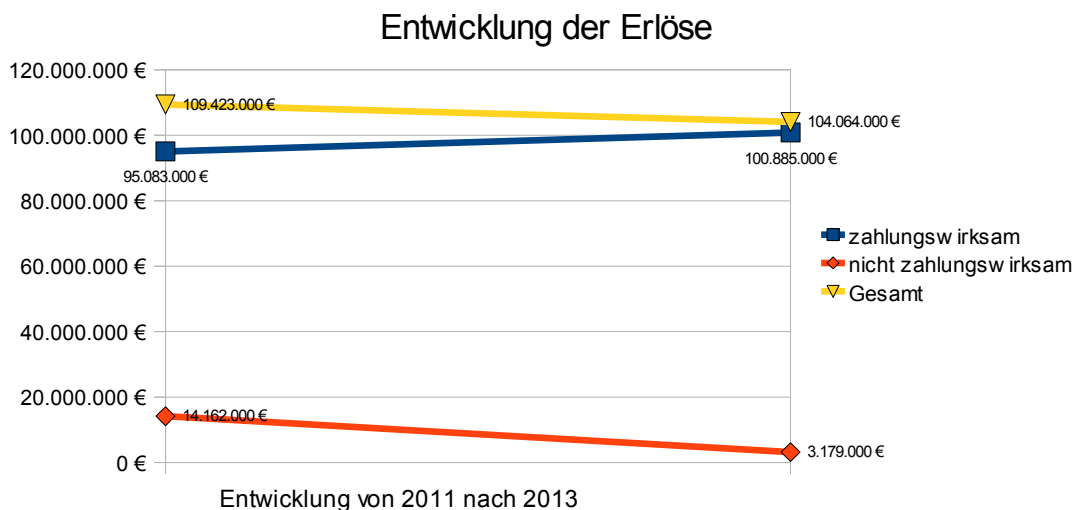
Die Steigerung ergibt sich grundsätzlich aus der Gegenrechnung von Veränderungen auf Grund der Produktplanung und den vorgenommenen Ist-Korrekturen, die sich auf nahezu alle Produkte des Kreisverwaltungsreferates verteilen und in den entsprechenden Produktdatenblättern dargestellt sind.

Besonders hervorzuheben sind allerdings folgende Anmeldungen:

- 2013 finden sowohl die Landtags- und Bezirkstagswahl als auch die Bundestagswahl statt. Für beide Wahlen werden Erstattungen anhand der Anzahl der Wahlberechtigten geleistet, so dass insgesamt eine Steigerung der Erlöse zu planen ist.
- Die Gebühreneinnahmen für den elektronischen Aufenthaltstitel müssen angepasst werden, da im Ist 2011 nur ein Anteil verbucht worden ist, weil der eAT erst im Herbst dieses Jahres gestartet ist.
- Auch die Mehreinnahmen auf Grund des Pilotversuchs „Car Sharing“ wurden berücksichtigt.
- Aus den Händlerzulassungen, die seit Mitte 2011 durchgeführt werden, ist für 2013 eine Erlössteigerung einzuplanen.
- Durch vermehrte Anschlüsse von Brandmeldeanlagen werden höhere Erlöse erzielt.
- Durch ein positives Verhandlungsergebnis mit den gesetzlichen Krankenkassen über die Rettungsdienstsätze konnten die Erlöse gesteigert werden.

Die Erlöse stellen sich damit tabellarisch und graphisch wie folgt dar:

Art der Erlöse	Ist-Basis 2011	Budget 2013
zahlungswirksam	95.083.000 €	100.885.000 €
nicht zahlungswirksam	14.162.000 €	3.179.000 €
Gesamt	109.423.000 €	104.064.000 €



3 Kosten/Aufwands- und Ausgabenentwicklung

Das Kreisverwaltungsreferat kann im Haushaltsjahr 2013 über ein Kostenbudget in der Größenordnung von **308.518.000 €** (Auszahlungen 187.047.000 €) verfügen.

3.1 Grundlagen

Die Gesamtsumme der **Kosten / Aufwendungen** beträgt nach der verwaltungsinternen Abstimmung mit der Stadtkämmerei **295.320.000 €**; davon sind 186.541.000 € zahlungswirksam.

Die Steigerung der Kosten zu diesem Zeitpunkt ergibt sich aus der Gegenrechnung von Veränderungen auf Grund von fremd- oder vorbestimmten Anmeldungen und den vorgenommenen Ist-Korrekturen, die sich auf nahezu alle Produkte des Kreisverwaltungsreferates verteilen und größtenteils in den entsprechenden Produktdatenblättern dargestellt sind.

Besonders erwähnenswert sind folgende Anpassungen:

- 2013 finden sowohl die Landtags- und Bezirkstagswahl als auch die Bundestagswahl statt. Für beide Wahlen werden zusätzlich Kosten für die Durchführung wie Postgebühren für die Versendung der Wahlunterlagen, Wahlhelferentschädigungen, Druckkosten usw. benötigt.
Zudem müssen bereits Ende 2013 erste Auszahlungen für die im Jahr 2014 stattfindende Kommunalwahl geleistet werden, weshalb hierfür bereits ein Ansatz eingestellt wurde.
- Auf Grund einer zentralen Ist-Korrektur mussten die Erstattungen an die Bundesdruckerei bei der PL Passangelegenheiten angepasst werden.
- Ebenso müssen die fremdbestimmten Erstattungen für die Erstellung des elektronischen Aufenthaltstitels, für vorläufige Dokumente und Fiktionsbescheinigungen neu geplant werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Ist 2011 nur ein Anteil verbucht worden ist, weil es den eAT erst seit Herbst diesen Jahres gibt. Die Erlöse wurden ebenfalls angepasst (s.o.).
- Auch vorbestimmte Anmeldungen, wie sie sich z.B. aus den Händlerzulassungen ergeben (Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat vom 10.08.2011), wurden bei der Planung für 2013 berücksichtigt. Dem stehen wiederum gestiegene Erlöse gegenüber (s.o.).
- Des Weiteren wurden diverse, z.T. kleinteilige Ist-Korrekturen vorgenommen, die dazu dienen, den Wert des Jahres 2011 bedarfsgerecht für den Plan 2013 fortzuschreiben. Hier wurden z.B. die Mehrbedarfe wegen Neuzuschaltungen und technischer Anpassungen bei den Brandmeldeanlagen berücksichtigt. Auch dieser Kostensteigerung steht eine Erhöhung bei den Erlösen gegenüber.

- Im Bereich der HA IV-Branddirektion wurden neben einigen Anmeldungen für sachlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand und für die Ausstattung des Personals, gestiegene Aufwände im Bereich der Notfallrettung geplant. Diesen Mehrausgaben stehen Erlöse gegenüber (s.o.).

3.2 Anpassungen

Wie im Erlösbereich, so haben sich auch bei den Kostenblöcken auf Grund der sog. Detailplanung noch Anpassungen ergeben.

3.2.1 Zahlungswirksame Veränderungen

Im Rahmen der Detailplanung wurden noch diverse Anpassungen vorgenommen. So z. B. auch bei den Wahlkosten, nachdem der Versand der Briefwahlunterlagen nun umsatzsteuerpflichtig ist.

3.2.2 Nicht zahlungswirksame Veränderungen

Durch die tatsächliche Planung der Kosten im Rahmen der Detailplanung haben sich vor allem wieder bei den nicht zahlungswirksamen Kostenbestandteilen Abweichungen ergeben, die sich insgesamt auf 12.692.000 € belaufen.

Die Rückstellungen im Personalbereich, die durch das Personal- und Organisationsreferat geplant werden, haben sich von 64.997.000 € im Ist 2011 wieder auf 68.419.000 € im Plan 2013 erhöht. Diese Steigerung (+3.421.000 €) schlägt sich natürlich bei personalintensiven Produkten wie z.B. dem Produkt Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung besonders nieder.

Auch die geplante Steuerungsumlage hat sich im Zuge der Detailplanung um 3.362.000 € auf 9.609.000 € erhöht. Diese Veränderung ist Ergebnis der konkreten Ermittlung der Steuerungsumlage und der dadurch bedingten stadtweiten Anpassung und vom Kreisverwaltungsreferat nicht beeinflussbar.

Auch die Auswirkungen von MIT-KonkreT und mfm sind im Bereich der nicht zahlungswirksamen Kosten deutlich. So haben sich die kalkulatorischen Zinsen um 4.238.000 € und die kalkulatorischen Abschreibungen um 3.722.000 € reduziert. Die betreffenden Anlagen wurden an den Eigenbetrieb bzw. das Kommunalreferat übertragen.

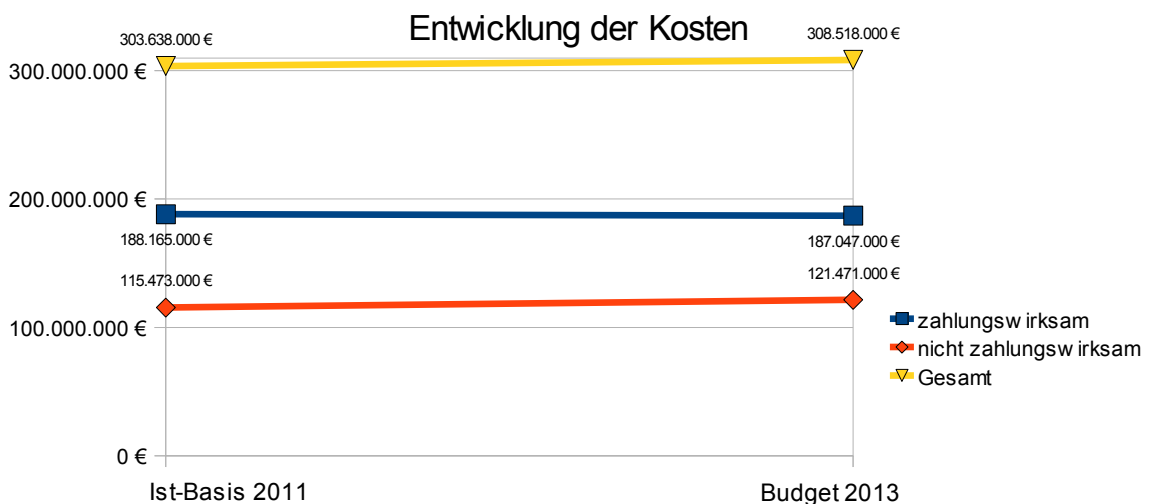
Im Gegenzug ist allerdings, wie oben dargestellt, im Bereich mfm auch die Kostenmiete um 18.988.000 € angepasst worden.

Insgesamt belaufen sich die nicht zahlungswirksamen Kosten nach der Detailplanung auf 121.471.000 € und machen damit einen Anteil von 39,4 % am Kostenbudget des Kreisverwaltungsreferates aus.

Nach der Detailplanung ergibt sich damit insgesamt ein neues Kosten- / Aufwandsbudget von **308.518.000 €** (Ausgabenbudget 187.047.000 €).

Die Budgetentwicklung im Bereich der Kosten lässt sich damit wie folgt darstellen:

Art der Kosten	Ist-Basis 2011	Budget 2013
zahlungswirksam	188.165.000 €	187.047.000 €
davon Personalkosten	143.925.000 €	141.238.000 €
davon Sachkosten	44.240.000 €	45.809.000 €
nicht zahlungswirksam	115.473.000 €	121.471.000 €
davon Rückstellung für Personal	76.681.000 €	79.878.000 €
davon sonstige nicht zahlungswirksame Kosten	38.792.000 €	41.593.000 €
Gesamt	303.638.000 €	308.518.000 €



4 Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt

4.1 Teilfinanzhaushalt

Der Teilfinanzhaushalt des Kreisverwaltungsreferates beinhaltet die zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Aus der Gegenüberstellung von Ein- und Auszahlungen wird der Zuschussbedarf des Kreisverwaltungsreferates deutlich. Bei Einzahlungen von 100.885.200 € und Auszahlungen von 187.047.100 € beträgt der Zuschussbedarf 91.414.900 € für den Plan 2013. Die Finanzierung des Kreisverwaltungsreferates über Einnahmen hat sich damit weiter verbessert und liegt nun bei rund 54 % des Auszahlungsbudgets. Den restlichen Anteil von 46 % muss der „Zentralhaushalt“ tragen.

Die Einzahlungsstruktur ist zu einem Großteil durch die Erzielung von sog. öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Gebühren) geprägt. Dabei handelt es sich einerseits um nur bedingt beeinflussbare Größen wie Rahmengebühren, in anderen Fällen aber auch um Festgebühren, die vom Landes- oder Bundesgesetzgeber vorgegeben werden. Im Rahmen des Vertretbaren und Machbaren hat das Kreisverwaltungsreferat in der Vergangenheit immer wieder die Einnahmesituation verbessert.

Die Auszahlungen teilen sich in einen großen Block für Personalauszahlungen und sonstige Sachausgaben auf.

Die Personalkosten für die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlagen nach den Planungen mit 141.575.000 € zu Buche und betragen damit fast die Hälfte des gesamten Kosten- und Aufwandsbudgets (45,8 %) und drei Viertel des Ausgabenbudgets (75,5 %). Damit wird wiederum die hohe Personalintensität, die die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisverwaltungsreferates erfordert, deutlich.

Die zahlungswirksamen Sachkosten betragen nach den Veränderungen 45.471.900 €, wobei hier ein Kostenanteil von rund 15.000.000 € für die IT-Leistungen des zentralen Dienstleisters beinhaltet ist. Da ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht, ist dieser Anteil nicht disponibel. Zudem ist anzumerken, dass nach bisherigen Erkenntnissen bereits davon ausgegangen werden muss, dass diese Kosten nicht ausreichen werden.

4.2 Teilergebnishaushalt

Der Teilergebnishaushalt des Kreisverwaltungsreferates stellt im Gegensatz zum Teilfinanzhaushalt die Art, die Höhe und die Quellen der Erträge und Aufwendungen, d.h. Ressourcenverbrauch und –aufkommen einer Periode dar. Auch der Werteverzehr in Form von Abschreibungen, kalkulatorischen Zinsen und Rückstellungen lässt sich aus dem Ergebnishaushalt des Kreisverwaltungsreferates ablesen.

Die ordentlichen Erträge betragen 102.041.900 € im Plan für 2013. Über zwei Drittel der Erträge (73.096.900 €, das entspricht 71,3 %) werden aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wie Gebühren erzielt. Die weiteren großen Einnahmeposten sind die sonstigen ordentlichen Erträge mit 13.148.000 € und die privatrechtlichen Leistungsentgelte mit 10.508.700 €.

Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf 270.571.800 €. Darin beinhaltet sind z.B. Personalaufwendungen (142.874.000 €), Versorgungsaufwendungen für das Personal (79.877.900 €) und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (24.747.000 €).

In das Ergebnis des Teilhaushalts fließen zudem 2.022.000 € Erträge und 37.946.000 € Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen ein.

Die Gegenüberstellung von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen weist demnach ein Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von -168.529.900 € auf. Diese Summe gibt den Zuschussbedarf des Teilergebnishaushalts des Kreisverwaltungsreferates vor Berücksichtigung der internen Beziehungen innerhalb der Landeshauptstadt wider.

Nach Berücksichtigung dieser internen Leistungsbeziehungen erhöht sich der Zuschussbedarf und damit das Ergebnis des Teilhaushaltes 2013 auf 204.453.900 €.

5 Produktfinanzhaushalte

Im Beschluss zur Weiterentwicklung des Münchner Kommunalen Rechnungswesens (MKRw) vom 22.11.2011 wurde festgelegt, dass erstmals zum Haushaltsentwurf 2013 sog. Produktfinanzhaushalte je Produkt und gesondert für den „Overhead“ vorzulegen sind.

Damit sollen die zahlungswirksamen Erlöse und Kosten je Produkt dargestellt werden, die in den Produktdatenblättern wegen der betriebswirtschaftlichen Vollkostenrechnung nicht erkennbar sind.

Voraussetzung für die Auswertung der zahlungswirksamen Erlöse und Kosten war zunächst eine eindeutige Zuordnung der Objekte der Kosten- und Leistungsrechnung (Kostenstellen und Innenaufträge im SAP-Modul CO) zu den jeweiligen Produkten. Nachdem dies in der Umsetzung Probleme bereitet hat, weil sich viele CO-Objekte auf mehrere Produkte abrechnen, wurde von der Stadtkämmerei die Möglichkeit geschaffen, die Objekte auf bis zu fünf Produkte prozentual zu schlüsseln. Da hierzu z.T. größere und zeitintensive Rückrechnungen erforderlich waren, war es nur mit großen Anstrengungen möglich, wenigstens weitestgehend genaue Zuordnungen vorzunehmen. Vor allem in Bereichen mit einem verursachungsgerechten, aber komplexen Wertefluss mussten diese Anforderungen erst bewältigt werden.

Das Kreisverwaltungsreferat hat neben dem Overhead (Anteil zahlungswirksamer Kosten 9.791.000 €) trotz aller Bemühungen immer noch ein Delta von rund 8.672.000 €. Dabei handelt es sich um sog. Verrechnungskostenstellen, die der Sammlung von Gemeinkosten dienen, die nicht direkt den einzelnen verursachenden Einheiten zugerechnet werden können. Darunter fallen z.B. einige Verrechnungskostenstellen aus dem Bereich der IT, Portokosten etc.. Im Rahmen des technischen Schlussabgleichs ist geplant, diese Kosten im SAP-System kostenartengerecht zu verteilen, um damit die Zuordnung auch dieser Kosten zu den Produkten sicher zu stellen.

Insgesamt weisen die Produktfinanzhaushalte im Kreisverwaltungsreferat zahlungswirksame Kosten von 187.442.000 € aus. Damit wird der inputorientierte Anteil dargestellt.

Auf die weiteren Erläuterungen der Stadtkämmerei u. a. auch zum Produktfinanzhaushalt in den Referatsbänden zum Haushaltsplanentwurf darf verwiesen werden.

6 Investitionen

6.1 Grundlagen

Das Kreisverwaltungsreferat hat sich dafür entschieden, erstmals für das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2012-2016 die Beschlussfassung in den sog. Haushaltsbeschluss zu integrieren. Grund hierfür sind u.a. die Veränderungen, die sich auf Grund der stadtweiten Projekte mfm und MIT-KonkreT ergeben haben und die mit erheblichen Auswirkungen auf den investiven Anteil im Kreisverwaltungsreferat verbunden sind.

Der Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München wurde am 24.10.12 der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2012 - 2016 übergeben, der zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen wurde.

Grundsätzlich besteht das Mehrjahresinvestitionsprogramm aus 3 Listen.

- In die Investitionsliste 1 werden Maßnahmen aufgenommen, die im Programmzeitraum als finanziell gesichert angesehen und verwirklicht werden können.
- Die Investitionsliste 2 beinhaltet Projekte, für die ein Projekt- bzw. Planungsauftrag besteht und die voraussichtlich im Planungszeitraum begonnen werden können.
- Die Investitionsliste 3 weist sonstige Vorhaben aus, deren Realisierung mangels Finanzierungsmöglichkeiten noch nicht absehbar ist.

Der Programmentwurf beinhaltet Maßnahmen und Pauschalen des Kreisverwaltungsreferates in den Investitionslisten 1 und 3.

Im Vorfeld ist anzumerken, dass in dem als Anlage beigefügten Programmentwurf 640 die Kürzung der pauschalen Ansätze der Gruppierung 9330 und 9340, die nach dem Beschluss des Finanzausschusses und der Vollversammlung vom 27./28.07.2010 nötig ist, noch nicht durchgeführt wurde.

Die Umsetzung ist im Mehrjahresinvestitionsprogramm nicht darstellbar und erfolgt nur im Haushalt.

6.2 Investitionsliste 1

Kenn-Nrn. 0500.9330, 0520.9330, 1100.9330, 1110.9330, 4080.9330, 5440.9330, 1300.9330, 1400.9330

Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände

Bei diesen Kennnummern werden die Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände über einem Wert von 150 Euro ohne MwSt. abgebildet, die selbständig nutz- und bewertbar sind und damit unter das sog. Anlagevermögen fallen. Hier werden größtenteils die Ansätze fortgeschrieben. Damit werden die laufenden Ausgaben für den Austausch und Ersatzbeschaffungen des Anlagevermögens im Bereich des Kreisverwaltungsreferates finanziert.

Im Bereich des Standesamts (KennNr. 0500.9330) muss eine geringfügige Anpassung der MIP-Rate 2012 erfolgen, weil die Orgeln im Traussaal, die seit 1998 im Einsatz und nicht mehr voll funktionsfähig sind, ersatzbeschafft werden müssen. Die Änderung erfolgte über den Nachtrag light.

Die MIP-Rate 2012 bei KennNr. 1300.9330 enthält einen jährlichen Sockelbetrag für diverse Beschaffungen im Bereich der Branddirektion in Höhe von 1.870.000 €. Weitere 500.000 € wurden bereits im Nachtrag light für die Beschaffung von Digitalfunkgeräten im Rahmen des staatlich geförderten erweiterten Probebetriebs bewilligt (Förderquote rd. 82 %), sowie 225.000 € für die notwendige Aufrechterhaltung des analogen Funks (Ersatzbeschaffung von analogen Funkmeldeempfängern, die aufgrund ihres Alters nicht mehr mit Ersatzteilen versorgt werden können).

Mit Beschluss des Stadtrats 26./ 27.06.2012 wurden für die flächendeckende Erneuerung der Sportgeräte bei der Berufsfeuerwehr eine Investitionssumme in Höhe von zusätzlich 500.000 € bewilligt.

Kenn-Nrn. 1300.9364
DV-Anlagen, Software

Infolge der an it@M übertragenen Zuständigkeit für IT-Beschaffungen sind ab 2012 bei der Hauptabteilung IV nur noch Ausgabemittel für die Integrierte Leitstelle enthalten (jährlich 250.000 € für diverse Ersatzbeschaffungen). Für 2012 wurden im Rahmen des Sammelbeschlusses zum MIP 2011-2015 (Nachtrag „light“) zusätzlich 630.000 € bewilligt (550.000 € für die Ersatzbeschaffung von Technik-Komponenten für die Integrierte Leitstelle, zu 68% staatlich gefördert, sowie 80.000 € für die Anpassung der Leitstellentechnik an das GPS-Datenfunksystem).

Weitere investive Ansätze für die IT sind nicht mehr vorhanden.

Kenn-Nr. 1100.9340, 1110.9340
Kraftfahrzeuge

Die Ersatzbeschaffungen im „allgemeinen“ Fuhrpark des KVR werden 2012 fortgesetzt und 2013 abgeschlossen sein. Die Fahrzeuge, die sämtlich abgeschrieben sind, müssen auf Grund von Defekten und hoher Laufleistung ausgesondert werden (20.000 €).

2012 müssen auch die restlichen Fahrzeuge der Kommunalen Verkehrsüberwachung ausgetauscht werden, weil sie entweder defekt sind oder weil wegen der hohen Laufleistung eine turnusmäßige Aussonderung ansteht (50.000 €).

Kenn-Nr. 1300.9340
Kraftfahrzeuge Feuerwehr – Ersatzbeschaffungen

In der MIP-Rate 2012 sind u.a. 900.000 € für die zwei Rüstwagen-Umweltschutz (RW-U), 200.000 € für einen Mannschaftstransportwagen (MTW) für 20 Personen, sowie für vier Rettungstransportwagen (RTW) 520.000 € vorgesehen.

Instandhaltungen und Neubauten von Feuerwachen

Die bisher im MIP des Kreisverwaltungsreferates ausgewiesenen Maßnahmen zur Instandhaltung bzw. Neubau von Feuerwachen werden nunmehr im Mehrjahresinvestitionsprogramm des Kommunalreferats dargestellt.

6.3 Investitionsliste 3

Kenn-Nr. 1100.7515

Investitionskostenzuschuss Fahrradstation Hauptbahnhof

Die Anmeldung umfasst den Zuschuss der Landeshauptstadt München zum Bau einer Fahrradstation am Starnberger Flügelbahnhof an der Arnulfstr. durch die Deutsche Bahn AG (DB AG). Die DB AG als Grundstückseigentümerin hat der Stadt noch keine Angaben zur Realisierung der Fahrradstation vorgelegt. Die Konkretisierung der Maßnahme ist auch nicht vor Abschluss der Planungstätigkeiten zur Neugestaltung des Münchner Hauptbahnhofs durch die DB AG zu erwarten. Zudem ist die Höhe des benötigten Investitionskostenzuschusses von den gewährten Fördermitteln des Freistaates Bayern abhängig. Nachdem nach wie vor weder der Zeitrahmen noch der Umfang der benötigten Zuschüsse feststeht, erfüllt die Maßnahme nicht die erforderliche Planungsreife zur abschließenden Behandlung im Kreisverwaltungsausschuss und zur Einstellung in eine höherrangige Investitionsliste. Die Maßnahme ist im MIP 2012-2016 in Investitionsliste 3 unter der Maßnahmennummer 1100.7515 geführt. Eine Fortführung der Maßnahme ist im Kontext des Gesamtkonzepts für P+R-Anlagen sowie B+R-Anlagen in München nötig.

7 Ziele

Auch 2013 stellt das Kreisverwaltungsreferat die Ziele des KVR für das Nachjahr im Rahmen der Haushaltsbefassung vor.

Die vollständig abgeleiteten Ziele sind der Anlage zu entnehmen.

Mit Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses und der Vollversammlung vom 25.06. bzw. 02.07.2003 hat der Stadtrat Zielsetzungen zur nachhaltigen Entwicklung Münchens beschlossen. Das Kreisverwaltungsreferat beachtet selbstverständlich die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen seiner Aufgabenstellungen und bei den Zielen.

Mit Beschluss vom 18.02.1998 hat der Stadtrat die Leitlinien der PERSPEKTIVE MÜNCHEN beschlossen. Die Leitlinien zeigen dabei einen fach- und referatsspezifischen Entwicklungsrahmen auf. Dabei ist zu beachten, dass sich eine Leitlinie aus einer unterschiedlichen Anzahl von Leitstrategien zusammensetzt.

Das Kreisverwaltungsreferat hat bei der Erarbeitung der Ziele die PERSPEKTIVE MÜNCHEN umfassend miteinbezogen. Alle Ziele beziehen sich darauf. Da mehrere Unterpunkte derselben Leitlinie häufig ein Ziel beeinflussen, ist ein Verweis auf die Leitlinie selbst erfolgt. Nachdem das Kreisverwaltungsreferat als Bürgerreferat eine sehr umfangreiche, weite

und tiefe Produktpalette hat, sind die Schwerpunkte, wie der Anlage „Ziele“ zu entnehmen ist, in einigen Leitlinien gegeben. Hier sind besonders die Leitlinien 3, 4, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15 und 16 zu nennen, wobei die Unterpunkte 3.2, 7.1, 8.14 und 9.1 besonders relevant sind.

8 Produkte und Datenblätter

8.1 Veränderungen bei den Produkten

Bei Produkt Verkehrsüberwachung wurden die Produktleistungen 2 und 3, Mobile und Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung, wieder zu einer Produktleistung verschmolzen. Nachdem die Produktleistungen anfangs bereits in einer Leistung abgebildet worden waren, ist man davon ausgegangen, mit einer Trennung in mobil und stationär detailliertere Steuerungsinformationen erlangen zu können. Nachdem aus systemischen Gründen jedoch eine Aufteilung vor allem der Erlöse und Kosten auf die beiden Leistungen seit 2009 nicht realisiert werden konnte und auch weiterhin nicht realisiert werden kann, fiel der Entschluss, die Produktleistungen wieder zusammenzufassen.

Die zur Verfügung stehenden Kennzahlen bleiben weitgehend unverändert. Die Gründe für Anpassungen werden unten näher dargestellt.

8.2 Kennzahlen

Im Rahmen der ständigen Evaluation der Produktdatenblätter und auch der Kennzahlen werden einige Anpassungen vorgeschlagen.

Dabei handelt es sich um

- Kennzahlen, die mangels Datengrundlage nicht bedient werden können,
- Kennzahlen, die auf Grund ihrer Kleinteiligkeit eine enorme Schwankungsbreite haben (z.B. Kennzahl lautet 2 %, bei einer Änderung auf 1 % beträgt die Schwankung 50 %) und dennoch keine Steuerung zulassen
- Kennzahlen, die nicht mehr benötigt werden.

Das Kreisverwaltungsreferat wird auch künftig seine Produkte und Kennzahlen ständig weiterentwickeln und an den Bedarf anpassen.

9 Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung bei der Landeshauptstadt München und die Umsetzung im Kreisverwaltungsreferat

Im letztjährigen Beschluss zum Produktorientierten Haushalt 2012 wurde berichtet, dass das Kreisverwaltungsreferat im Rahmen des Projekts „Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung“ entsprechende Leistungskennzahlen zur Abbildung der Gleichstellungsorientierung und der Verteilungsgerechtigkeit bei ausgewählten Produkten aufgenommen hat.

Es handelt sich dabei um folgende Kennzahlen:

- Produkt 5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten
Kennzahl Gewerbemeldungen: Ausweis nach männlich/ weiblich
- Produkt 5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten
Kennzahl Berechtigungen und Verpflichtungen zum Besuch von Integrationskursen:
Ausweis nach männlich/ weiblich
- Produkt 5531000 Fahrerlaubnisse
Kennzahl ausgestellte Führerscheine: Ausweis nach männlich/ weiblich
- Produkt 5551310 Notfallrettung
neue Kennzahl Rettungsdienstesätze: Ausweis nach männlich/ weiblich.

Im Rahmen der Weiterführung des Projekts auf Grund des Beschlusses des gemeinsamen Verwaltungs- und Personalausschusses und des Finanzausschusses vom 19.10.11 bzw. des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.10.11 waren die Referate aufgefordert, eine Produktauswahl für die Zielgruppenanalyse ab 2013 zu treffen.

Grundlage für die Produktauswahl zur Zielgruppenanalyse sollten folgende Kriterien sein:

- Produktart (klassische Produkte bevorzugt)
- Budgetvolumen
- Datenlage zu den Zielgruppen
- Steuerbarkeit durch den Stadtrat.

Nach entsprechender interner Analyse der Produkte des Kreisverwaltungsreferates und Beratung durch das Direktorium D-I-CS wurde die Schwierigkeit des Unterfangens anhand der Vorgaben deutlich.

Auf Grund der gesetzlichen Festlegungen ergeben sich die meisten Zielgruppen unmittelbar aus den zu vollziehenden Rechtsnormen und lassen kaum Steuerungsmöglichkeiten zu. Disparitäten können häufig nicht durch das Kreisverwaltungsreferat aufgefangen werden, weil das Gesetz eine Behandlung nach den Grundsätzen von Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes vorschreibt. Etwaige Diskrepanzen auf Grund Geschlecht, Alter usw. dürfen beim Gesetzesvollzug nicht einfließen. So muss z.B. die Anzeige eines Gewerbes nach § 14 GewO immer ohne Ansehen weiterer Faktoren bescheinigt werden, wenn keine rechtlichen Gründe entgegenstehen.

Die Entwicklung weiterer Zielgruppen im Bereich der Produktleistung „Gewerbewesen“ bringt damit für das Referat kaum Erkenntnisse, weil sie im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen reaktiven Handelns und der Zielrichtung des Gesetzesvollzugs, nämlich der umfassenden Überwachung der Gewerbeausübung im Sinne des besonderen Sicherheitsrechts, keine Steuerungswirkung entfalten würden.

Allerdings könnte eine Zielgruppenanalyse dieser Produktleistung sehr wohl im Wirkungszusammenhang mit Produkten aus anderen städtischen Bereichen einen Sinn entfalten. Denkbar ist z.B. eine Analyse nach den klassischen Feldern An-, Um- und Abmeldung auch nach männlich/ weiblich zu untergliedern, um damit eventuelle Erkenntnisse für das Produkt „Existenzgründungen“ des Referats für Arbeit und Wirtschaft erzielen zu können.

Dabei muss aber immer deutlich bleiben, dass beim genannten Produkt des Kreisverwaltungsreferats keine Steuerung auf Grund der Zielgruppen möglich ist. Sofern dem Kreisverwaltungsreferat jedoch aus anderen Referaten konkret formulierte Anforderungen zugeleitet würden, wäre es denkbar, die vorhandenen Daten - bzw. ggf. unter Einsatz entsprechender Ressourcen erst noch zu ermittelnde Daten - zur Verfügung zu stellen.

Bei weiteren Produktleistungen wie z.B. der Verkehrssteuerung oder den Strategischen Konzepten (Produkt Verkehrsmanagement) könnten ähnliche Wirkungszusammenhänge denkbar sein (Stichwort „Verkehrsinfrastruktur“). Hier müssen allerdings erst die Ergebnisse der anderen Bereiche abgewartet und auch die Methodik verfeinert werden.

Trotzdem ist für den Bereich des Kreisverwaltungsreferates festzuhalten, dass auf Grund der gesetzlichen Aufgaben die Durchführung einer Zielgruppenanalyse zu keinen verwertbaren Steuerungsinformationen führen wird.

10 Kostentransparenz Berufsfeuerwehr/ Freiwillige Feuerwehr

In der Sitzung vom 14.12.10 hat der Kreisverwaltungsausschuss Folgendes beschlossen: „Dem Stadtrat wird im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen dargestellt, wie in den verschiedenen Haushalten sich die einschlägigen Rechnungen zwischen den alten Haushaltsstellen 1300 (Berufsfeuerwehr München) und 1310 (Freiwillige Feuerwehr München) aufteilen.“

Wie im Vorjahr greift das KVR den Stadtratsauftrag an dieser Stelle erneut auf und stellt nachfolgend die Ausgabensituation getrennt nach Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr dar.

Die Branddirektion stellte aus den vorhandenen Daten der Ergebnisrechnung und der Kosten- und Leistungsrechnung zwei Tabellen zusammen. Die erste Tabelle ist unterteilt nach den Bereichen Personalkosten, Sachkosten und Gebäudekosten, wohingegen in der zweiten Tabelle die Gesamtkosten für die Produktteileleistungen Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistungen dargestellt werden.

Vergleich Berufsfeuerwehr Freiwillige Feuerwehr im Ergebnishaushalt

	Vorjahr		Aktuelles Jahr		Nachjahr	
	Ist 2011		Plan 2012		Plan 2013	
	BF	FF	BF	FF	BF	FF
Personalkosten ¹⁾	126.872.630	1.070.210	134.073.753	1.122.349	124.142.866	1.016.710
Sachkosten	12.205.076	367.596	8.799.999	362.351	8.467.960	348.961
Gebäudekosten ²⁾	9.224.649	1.562.071	2.718.848	344.750	8.371.046	940.410
gesamt ⁴⁾	148.302.355	2.999.878	145.592.600	1.829.450	140.981.872	2.306.081

¹⁾ Die Abweichungen lassen sich weitgehend auf Schwankungen bei den Pensionsrückstellungen (nicht

- zahlungswirksam) zurückführen.
- ²⁾ Auf Grund des Betriebsbeginns mfm sind für 2012 nur geringe Plankosten vorgegeben. Auch die Plankosten für 2013 sind noch nicht aussagekräftig.
- ⁴⁾ Die Differenzen in den Summen zwischen Ergebnishaushalt und Produktteilleistungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen, z.B. mit oder ohne Sekundärverrechnungen etc..

Vergleich Berufsfeuerwehr Freiwillige Feuerwehr auf Ebene der Produktteilleistungen Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistungen

	Vorjahr		Aktuelles Jahr		Nachjahr	
	Ist 2011		Plan 2012		Plan 2013	
	BF	FF	BF	FF	BF	FF
Produktteilleistung Brandbekämpfung	30.468.404	4.873.891	31.461.138	3.585.417	32.358.642	4.378.968
Produktteilleistung Technische Hilfel.	42.886.168	1.789.469	42.703.220	2.138.555	42.617.784	2.013.022
Summe ^{3) 4)}	73.354.572	6.663.359	74.164.358	5.723.972	74.976.426	6.391.991

³⁾ Reduzierung der Planansätze ergibt sich aus ¹⁾ und ²⁾, die Veränderung des Planansatzes 2012 für die Produktteilleistungen Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung ergibt sich aus einer geänderten Hochrechnungsbasis für die Einsatzzahlen.

⁴⁾ Die Differenzen in den Summen zwischen Ergebnishaushalt und Produktteilleistungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen, z.B. mit oder ohne Sekundärverrechnungen etc..

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei und dem Direktorium abgestimmt, das Personal – und Organisationsreferat hat einen Abdruck dieser Vorlage erhalten.

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Brannekämper, sowie die Verwaltungsbeirätinnen und -beiräte aller Hauptabteilungen des Kreisverwaltungsreferates

Herr Stadtrat Benker
 Frau Stadträtin Demirel
 Frau Stadträtin Nallinger
 Herr Stadtrat Dr. Assal

haben von dieser Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

In dieser Beratungsangelegenheit ist mit Ausnahme des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2012-2016 mit verbindlicher Planung für 2017 die Anhörung der Bezirksausschüsse nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Stellungnahmen der Bezirksausschüsse zum Mehrjahresinvestitionsprogramm 2012-2016 wurden im Vorfeld beantwortet.

II. Antrag des Referenten

1. Den Stadtratszielen 2013 für das Kreisverwaltungsreferat wird zugestimmt, die Handlungsziele werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrats zum Haushalt 2013, den produktorientierten Haushalt für das Jahr 2013 auf Basis der vorgelegten Teilhaushalte, Referatsbudgets, Ziele und Datenblätter für die Produkte zu vollziehen.
Ziele, bei denen noch nicht absehbar ist, ob mit ihnen ein finanzieller Mehrbedarf verbunden ist, stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt.
Grundlage sind die von der Stadtkämmerei im Haushaltsplan der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegten Bände Gesamthaushalt und Teilhaushalt Kreisverwaltungsreferat sowie die in der Anlage beigefügten Ziele 2013.
3. Von den Ansätzen der Investitionslisten 1 und 3 des Mehrjahresinvestitionsprogrammes des Kreisverwaltungsreferates für die Jahre 2012 – 2016 mit dem verbindlichen Planungsjahr 2017 wird Kenntnis genommen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
4. Der Anpassung beim Produkt „Verkehrsüberwachung“ (Produktnummer 5538000) wird zugestimmt.
5. Das Kreisverwaltungsreferat wird zunächst von der Verpflichtung, ein Produkt für die gleichstellungsorientierte Zielgruppenanalyse auszuwählen, ausgenommen.
6. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.12.2012.

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/in

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. - III.

über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Direktorium - D-I-CS
an das Personal- und Organisationsreferat
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
zur Kenntnis

V. WV bei KVR – GL/ 122

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. Mit Vorgang zurück an KVR-GL/12

Am.....
Kreisverwaltungsreferat – GL/ 122